

Der Traum von der Online-Demokratie

Autor(en): **Giusseni, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): - **(1998)**

Heft 37

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-967738>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bruno Giussani (bg@giussani.com),
Journalist, Spezialist für
Medienfragen, Internet-Kolumnist
der «New York Times»



Der Traum von der Online- Demokratie

Als Antwort auf die Krise der parlamentarischen Demokratie in den westlichen Ländern preisen gewisse Kreise bereits seit einigen Jahren das Aufblühen einer neuen, durch das Internet belebten politischen Ordnung, die auf mehr Gerechtigkeit und Gleichheit abzielt. In einer elektronischen Republik, einer Art computergestützter Demokratie, könnten die besser informierten Bürger direkt mit ihren gewählten Vertretern per E-Mail Kontakt aufnehmen und mit Tastendruck ihre Stimme abgeben, so die Vorstellung.

Ob solcher Perspektiven sträuben sich anderen die Haare. Die neuen Technologien, behaupten diese, führten zwangsläufig in eine zweigeteilte Gesellschaft, in welcher diejenigen, die über moderne Kommunikationsinstrumente verfügen, jene, die diesen Zugang nicht haben, immer mehr dominieren würden.

Beide Seiten bedienen sich Klischees. Tatsächlich ist praktisch alles, was man zur Rolle des Internets in der Politik zu hören bekommt, übertrieben, falsch oder unerheblich. Die Rivalität der Übertreibungen stachelt Medien und Politiker an, nebensächliche Ereignisse zu bedeutenden demokratischen Fortschritten hochzustilisieren.

Boris Jelzin und Flavio Cotti führen nun «Dialoge» mit den Internet-Benutzern. Im Frühling dieses Jahres ist die Frage aufgeworfen worden, die eine oder andere Form einer Abstimmung über Internet einzuführen. Ein Nationalrat hat dies offiziell verlangt. Eine Kommission hat zudem diskutiert über die Verbreitung der Fernsehaufnahmen von

Parlamentsdebatten auf dem Web. Gleichzeitig ist es mir aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nach wie vor unmöglich, meinem Vertreter im Parlament per E-Mail einen Vorschlag zu unterbreiten oder an diesen eine Anfrage zu richten!

Einem gewichtigen Umstand wird eindeutig zu wenig Beachtung geschenkt: Wir benützen heute das Internet für das gleiche, wofür wir von jeher andere Medien verwendet haben. Der einzige Unterschied besteht darin, dass das Internet manchmal schneller und präziser ist. Viele Regierungen und Parteien präsentieren auf dem Internet Dokumente, wie sie sie schon immer auf Papier veröffentlichten.

Aber nur ganz wenige versuchen weiterzugehen und in einen aktiven Dialog mit den Staatsbürgern zu treten. Eine australische Provinzregierung beispielsweise nimmt per E-Mail Anfragen entgegen, welche die Minister dann im Parlament während der Fragestunde öffentlich beantworten. Und der englische Minister David Clark hat im letzten Winter, vor der Abfassung eines neuen Gesetzestextes, eine breit angelegte elektronische Vernehmlassung durchgeführt.

Es ist bestimmt richtig, dass das Internet eingesetzt werden kann, um neue Formen der Interessenvertretung zu fördern und um die demokratischen Abläufe zu verbessern. Doch wir müssen uns vergegenwärtigen, dass unsere ersten Vorstellungen von der Benützung dieser neuen Technologie lachhaft sind. Die elektronische Stimmabgabe ist lediglich ein technischer Aspekt in einer Demokratie; sie würde nicht im geringsten eine Revolution darstellen.

B.G.